

vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

Zehn Forderungen an die deutsche Umweltpolitik

Stand: April 2018
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Mehr Eigenverantwortung der Unternehmen, weniger bürokratische Regulierung.

Nachhaltiges Wirtschaften ist für die bayerischen Unternehmen seit jeher eine Selbstverständlichkeit. Darüber hinaus positionieren sich viele als Anbieter besonders umweltfreundlicher Lösungen. Diesen Weg müssen wir weiterverfolgen.

Eine moderne Umweltpolitik steigert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, achtet Eigentum und setzt auf Eigenverantwortung statt auf bürokratische Regulierung. Der Staat darf nur Rahmenbedingungen festlegen.

Diese Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass Unternehmen umweltverträgliche Produkte in umweltschonenden Produktionsverfahren wirtschaftlich herstellen, flexibel auf die Herausforderungen des internationalen Marktes reagieren und damit Arbeitsplätze sichern können.

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. setzt sich auf bayerischer, nationaler und internationaler Ebene dafür ein, dass den Unternehmen die dafür nötigen Handlungsspielräume erhalten bleiben.

Bertram Brossardt
06. April 2018

Inhalt

Position auf einen Blick	1
Zehn Forderungen	3
1. Umweltschutz bezahlbar gestalten.....	3
2. Überzogene Vorreiterrollen vermeiden.....	3
3. Unternehmerische Eigenverantwortung stärken.....	3
4. Innovationen erleichtern.....	4
5. Freiwillige Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft ausbauen	4
6. Ökonomische und ökologische Interessen angemessen ausgleichen	4
7. Vorschriften international abstimmen	4
8. EU-Recht Eins-zu-Eins umsetzen	5
9. Planungssicherheit verbessern	5
10. Verwaltungsvollzug vereinfachen.....	5
Ansprechpartner / Impressum.....	7

Hinweis

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

Position auf einen Blick

Leitlinien moderner Umweltpolitik.

Umwelttechnik aus Deutschland, insbesondere Bayern, genießt weltweit einen hervorragenden Ruf, auch weil ihre Vorzüge in den Anwendungsindustrien und Wirtschaftszweigen im eigenen Land demonstriert werden können. Dies gilt es zu stärken und auszubauen.

Moderne Umweltpolitik muss sich an folgenden Leitlinien orientieren:

- Umweltschutz bezahlbar gestalten
- Überzogene Vorreiterrollen vermeiden
- Unternehmerische Eigenverantwortung stärken
- Innovationen erleichtern
- Freiwillige Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft ausbauen
- Ökonomische und ökologische Interessen angemessen ausgleichen
- Vorschriften international abstimmen
- EU-Recht Eins-zu-Eins umsetzen
- Planungssicherheit verbessern
- Verwaltungsvollzug vereinfachen

Zehn Forderungen

Wirtschaftliche Effizienz umweltpolitischer Maßnahmen verbessern.

Die deutsche und die europäische Umweltpolitik richten nach wie vor zu wenig Augenmerk auf Effizienz und Effektivität. Stattdessen nehmen staatliche Regulierung und Überwachung immer stärker zu. Freiräume für eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln werden immer kleiner.

Es löst weder wirtschaftliche noch ökologische Probleme, wenn einzelne Sektoren inklusive der damit verbundenen Wertschöpfungsketten durch weitere Restriktionen verdrängt werden. Eine moderne Umweltpolitik muss sich daher an den folgenden Leitlinien orientieren.

1. Umweltschutz bezahlbar gestalten

Voraussetzung für umweltfreundliches Wirtschaftswachstum sind investitions- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Die Kosten umweltpolitischer Maßnahmen sind sorgfältig mit dem zu erwartenden Nutzen abzuwägen, da nur dauerhaft wettbewerbsfähige Unternehmen das erwirtschaften können, was notwendige umweltpolitische Maßnahmen an finanziellen Mitteln erfordern.

2. Überzogene Vorreiterrollen vermeiden

Wenn Umweltvorschriften im internationalen Vergleich unser wirtschaftliches Handeln zu stark beschränken, müssen Unternehmen an wettbewerbsfähigere Standorte ausweichen. Produktion und Arbeitsplätze, aber auch Umweltbelastungen werden verlagert. Der heimische Standort darf seine Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit nicht durch überzogene Vorreiterrollen verlieren.

3. Unternehmerische Eigenverantwortung stärken

Regulatorische Vorfestlegungen, die immer stärker in Details unternehmerischen Handelns eingreifen, beeinträchtigen innovative Lösungsansätze. Moderne Umweltpolitik muss primär auf Eigenverantwortung der Unternehmen setzen, bevor gesetzliche Regelungen getroffen werden.

Wichtig ist auch der Abbau von Bürokratie. So ist bei der Ausgestaltung einer bundesweiten Mantelverordnung für Ersatzbaustoffe und Bodenschutz auf Praxistauglichkeit und Kosteneffizienz zu achten. Dies ist auch im aktuellen Koalitionsvertrag auf Bundesebene so vereinbart.

Im Koalitionsvertrag ist zudem die zügige Verabschiedung der Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) vorgesehen. Für die Anlagen der deutschen Industrie gelten bereits heute strenge Grenzwerte zur Reinhaltung der Luft. Eine umfassende Novelle der TA Luft ist nicht erforderlich. Es sollten lediglich punktuelle Anpassungen zur Umsetzung europäischen Rechts vorgenommen werden. Dabei darf es nicht zu einer Erhöhung des Aufwandes sowie der Kosten von Genehmigungsverfahren für die Unternehmen kommen. Eine Vielzahl neuer komplexer Prüfanforderungen würde erhebliche Verzögerungen in den ohnehin schon langen Genehmigungsverfahren bedeuten. Die konkreten Auswirkungen auf Genehmigungsverfahren sollten vor dem parlamentarischen Verfahren im Rahmen eines Praxistests untersucht werden.

4. Innovationen erleichtern

Innovationen müssen durch praktisch handhabbare Umweltvorschriften erleichtert werden. Anforderungen müssen effizient, technologieneutral und wettbewerbsgerecht sein. Eine immer komplexere Regulierung führt zu mehr Rechtsunsicherheit und erschwert Innovationen.

5. Freiwillige Kooperationen zwischen Staat und Wirtschaft ausbauen

Kooperativer Umweltschutz zwischen Staat und Wirtschaft muss nachhaltiges umweltverträgliches Wirtschaftswachstum ermöglichen. Eigenverantwortung, Freiwilligkeit, Kooperation und Vermeidung überzogener und bürokratischer Vorgaben sind dafür die Grundlagen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen muss Maßstab sein. Ökologie und Ökonomie sind keine Gegensätze, sondern tragen gemeinsam zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohlstand in einer intakten Umwelt bei.

6. Ökonomische und ökologische Interessen angemessen ausgleichen

Eine intakte Umwelt ist Lebensgrundlage und Basis für menschliches Wirtschaften. Anforderungen zum Umweltschutz berühren immer auch wirtschaftliche Interessen. Die Belange des Umweltschutzes und der Wirtschaft sind gegeneinander abzuwägen und grundsätzlich gleichrangig zu berücksichtigen. Das gilt selbstverständlich auch an der Schnittstelle zur Energiepolitik (Stichwort Kohleausstieg) und bei umweltpolitisch motivierten Eingriffen im Verkehrsbereich.

7. Vorschriften international abstimmen

Zum Schutz vor Standort- und Wettbewerbsnachteilen im globalen Wettbewerb müssen staatliche Vorschriften zum Umweltschutz international oder wenigstens EU-weit abgestimmt und harmonisiert werden. Eine Notwendigkeit für deutsche Sonderwege im Umweltrecht besteht nicht.

8. EU-Recht Eins-zu-Eins umsetzen

Das EU-Umweltrecht hat ein sehr hohes Schutzniveau erreicht und wird laufend weiterentwickelt. EU-Recht ist daher Eins-zu-Eins umzusetzen ohne zusätzliche Standards, unter Ausschöpfung vorhandener Bandbreiten und mit Fokus auf Praxisnähe. In deutsche Ausführungsgesetze dürfen keine zusätzlichen Verschärfungen aufgenommen werden.

9. Planungssicherheit verbessern

Genehmigungsverfahren sind ein wichtiger Standortfaktor. Gesetzliche Regelungen müssen die Planungssicherheit verbessern, praktikabel und vollziehbar sein. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen schneller zum Ergebnis führen. Klagerechte sind interessengerecht zu begrenzen. Unverhältnismäßig lange und kostspielige Verwaltungsverfahren und -streitigkeiten sind zu verhindern.

10. Verwaltungsvollzug vereinfachen

Der Verwaltungsvollzug muss praxisnah sein. Transparenz darf nicht auf Kosten von Unternehmerwissen und öffentlicher Sicherheit gehen. Der Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen sowie sensibler Daten ist zu gewährleisten. Notwendig sind möglichst leicht administrierbare Verfahrensregeln, die den Unternehmen keine unverhältnismäßigen Belastungen auferlegen.

Ansprechpartner / Impressum

Dr. Peter Pflieger

Abteilung Wirtschaftspolitik

Telefon 089-551 78-253

Telefax 089-551 78-249

peter.pflieger@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw April 2018